

““Bürgerbeteiligung““

..in letzter Zeit in Innsbruck ein arg strapaziertes Wort...

Analyse

Bürgerbeteiligung zwischen Schein und Sein

Von Manfred Mitterwachauer

Von Bürgerbeteiligung reden viele. Nur: Bürgerbeteiligung wird von jedem anders interpretiert. Vor diesem Problem steht auch Innsbruck. Jene 13 Bürgerinitiativen, die sich am Dienstag in einer noch nie dagewesenen Aktion in der Landeshauptstadt zu einer Dachorganisation zusammengeschlossen haben, eint der Protest – gegen die Stadtregierung und gegen die derzeit politisch vorgegebene Form der Bürgerbeteiligung.

Noch vor der Wahl 2012 war Bürgernähe und direkte Partizipation Teil einer jeden Wahlkampfkampagne. Das mündete u. a. in einem eigenen Bürgerbeteiligungsausschuss. Einer, der auch vier Jahre nach seiner Gründung seinen Namen nicht verdient. Weil nach außen hin nicht für die Bürger sichtbar, da es ihm an einer nennenswerten Arbeitsbilanz mangelt. Dies gründet auch darin, dass sich nicht einmal die Stadt-Politik einig ist, was Bürgerbeteiligung alles umfassen und beinhalten soll. Auch aus diesem



manfred.mitterwachauer@tt.com

Grund stand der Ausschuss nicht nur einmal kurz vor seinem politischen Aus.

Sehr wohl hat es in der Vergangenheit Ansätze erfolgreicher Einbindung von Bürgern gegeben: so der Entwicklungsprozess Anpruggen oder jener in Vill. Auch aus diesem Grund wähnt sich die Stadtregierung „bürgernah“. Ein Trugschluss. Beteiligungsprozesse eignen sich nicht als mannigfach kopierte Blaupause. Vielfach werden sie noch als „reines Akzeptanzmanagement“ gesehen, wovon Stadtplaner Rolf-Egon Westerheide kürzlich in *Die Welt* warnte. Fakt ist, dass Verwaltung und stadtnahe Unternehmen noch nicht auf eine ständige Implementierung jener Art von Bürgerbeteiligung ausgerichtet sind, wie sie sich die Bevölkerung erhofft. Insofern muss Bürgerbeteiligung zwangsläufig oftmals in ein leeres Versprechen münden. Das würgt positiven Gestaltungswillen ab, schafft Unzufriedenheit und letztlich Widerstand. Einer, der nun in Innsbruck 13 Initiativen zusammenschweißt.

Jedoch hat auch Bürgerbeteiligung ihre Grenzen. Sie bedeutet nicht das Durchsetzen maximaler Forderungen – Kompromisse können schmerzhaft sein. Das wiederum muss so manche Bürgerinitiative erst noch lernen.